

# ASTA-ZEITUNG

14.04.86 Nr. 7

HERAUSGEGEBEN VOM ALLGEMEINEN STUDENTENAUSSCHUSS DER TH DARMSTADT

## Semesteranfang

Jedesmal wenn ein neues Semester beginnt versuche ich einen Überblick über die Sachen, die es zu bewältigen gilt zu bekommen. Jetzt beginnt ein Sommersemester und da denke ich sofort auch an die Vorbereitung der nächsten Erstsemestereinführung.

Sehr viel Studenten, die diese AStA-Zeitung lesen, hatten zu Beginn ihres Studiums an einer Orientierungswoche oder ähnlichem teilgenommen.

Sicher werden einige von euch diese Orientierungseinheiten als hinausgeworfene Zeit ansehen. Aber sehr viele sind dagegen sehr froh gewesen, daß es so etwas gab - daß ihnen der Übergang von der Schule zum Studium oder von einem "staatlichen Dienstleistungsbetrieb" zur TH-Darmstadt erleichtert wurde.

Im Großen und Ganzen bringen diese OEs für den Anfänger einiges. Es ist ja nicht mit der bloßen Information wo die Mensa ist und wo es Skripte gibt getan. Hier sollen sich die neuen Studenten kennenlernen und in Gruppenarbeit zusammen zu Erkenntnissen kommen. Und was eine gute Arbeitsgruppe im Studium bedeutet, weiß ja inzwischen jeder von euch, oder?

Ja und da sind wir ja auch schon bei dem netten Wort Arbeitsgruppe oder kurz "AG".

Anfang Sommersemester setzen sich die meisten AGs zum erstenmal zusammen um die nächste OE vorzubereiten. Und es ist fast jedesmal das Gleiche. In dem netten Wort "Arbeitsgruppe" dominiert eindeutig der Wortteil "Arbeit". Die AGs bestehen jedes Jahr fast aus den gleichen Leuten, und die machen das dann jahrelang. Gut wäre es dann, wenn ein paar neue Leute etwas von der Arbeit

abnehmen würden und noch besser, wenn ein paar neue Ideen Eingang in die OEs finden würden.

"Ja aber das müßte man ja ganz umsonst machen. Das kostet mich nur Zeit, gerade die erste Semesterwoche nur den Erstsemestern nachlaufen."

Ich behaupte, daß es nicht umsonst ist. Zum einen kann man dort ein wenig das Planen mit "großen Unbekannten" wie der Raumvergabestelle oder dem jeweiligen Dekanat üben. Dadurch wird man zwar nicht zum Organisationstalent, aber es gibt doch so manchen Halloeffekt.

Zum anderen trifft man in diesen OE-AGs Studenten aus allen Semestern. Gerade für Studenten vor dem Vordiplom kann das sehr viel an Erfahrungen ersparen, können sie sich doch eingehend über das Hauptstudium informieren. Sie können von den Erfahrungen der älteren einigen Nutzen ziehen. Die Erfahrung zeigt ja, daß im Studium die Information, die Planung und die Gruppenarbeit fast alles ist.

Also, geht mal zu eurer Fachschaft und fragt mal wann die OE-Vorbereitungen anfangen. Ihr werdet bestimmt nicht mit Arbeit überschüttet.

## Wohnen - ABC

Vorankündigung:

In diesem Jahr werden in loser Folge in der AStA-Zeitung unter der Rubrik Wohnen-ABC Artikel zu den Themen Mietrecht, Wohngeld, Wohnungssuche etc. erscheinen. Möglicherweise werden sie dann - wie schon die Flugblattserie zum Bafög - in einer Broschüre (AStA-Wohnen-Info) zusammengefaßt.

## BAFÖG

**Achtung:** Beitrag entnommen aus dem Bundestag-Report Nummer 1/86 (Herausgeber: Deutscher Bundestag).

"Weit überdurchschnittlich gut" sind nach den Feststellungen der Bundesregierung die wirtschaftlichen Bedingungen im internationalen Vergleich für Studenten in der Bundesrepublik Deutschland. In einer Bestandsaufnahme des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, im Sechsten Bericht zur Überprüfung der Bedarfssätze, verweist die Regierung darauf, daß nach der deutschen Privatrechtsordnung die Eltern verpflichtet seien, bei entsprechender Eignung und Neigung ihres Kindes im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft für die Kosten der Ausbildung bis zum wissenschaftlichen Abschluß aufzukommen. Vom Staat würden die Eltern durch Steuererleichterungen und Sozialleistungen wie Kindergeld entlastet. Wenn die Eltern trotzdem nicht in der Lage sind, den Ausbildungsunterhalt zu zahlen, erbringe der Staat subsidiär Förderungsleistungen in einer Höhe, die den Bedarf decke. Die Darlehen würden in diesen Fällen unter - "auch im internationalen Vergleich" - "außerordentlich günstigen sozialen Bedingungen geleistet". Zu ihnen gehörten dauernde völlige Zinsfreiheit, zahlreiche leistungsabhängige und soziale Erlaß-Tatbestände, hohe Einkommensfreibeträge. In ihrem Bericht weist die Regierung auf einige Verbesserungen hin, die mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Bafög seit Mitte 1985 in Kraft seien und Härten oder Unstimmigkeiten aus-

## INHALT

Semesteranfang.....	1
Bafög.....	1f
Neue Armut.....	2
Abfallvermeidung.....	3
Prüfungskandidatenstatistik...4f	
Statistisches Bundesamt.....	6
KFZ-Verleih.....	7
Vor 30 Jahren.....	8
Schloßkeller.....	8

geräumt hätten. Z.B.: Wiederaufnahme der Zahlung der Förderbeiträge im Monat August für alle Schüler; die Einbeziehung der Auszubildenden in die BAföG-Förderung, die mindestens ein Kind im eigenen Haushalt betreuen; Zuschuß für alle geförderten Studenten zu den Mehrkosten eines Studiums im Ausland; Ausweitung der Übergangsregelung für die Grundwehr- und Zivildienstleistenden sowie Z2-Soldaten. In ihren Darlegungen für die Abgeordneten des Bundestages begründet die Regierung auch ihren Verzicht auf die Übertragung der BAföG-Abwicklung auf Banken. Ausgiebige Prüfungen des zuständigen Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, darunter auch solche mit dem Zentralen Kreditausschuß, haben ergeben, daß die Vorteile einer solchen Übertragung durch die Nachteile weitgehend aufgehoben würden. Auch die Übertragung der Darlehensauszahlung auf die Bundeskasse ist verworfen worden.

Der Regierungsbericht gibt eine Übersicht über die Zahl der Geförderten. Anspruchsberechtigt waren im Jahre 1984 mit 899000 Studenten 11,3 Prozent mehr als im Jahre 1982. Doch haben lediglich 302000 davon Gebrauch gemacht - etwa zehn Prozent weniger als 1982. Die Quote der tatsächlich Geförderten ist von

41,8 Prozent auf 33,6 Prozent gesunken, nach Ansicht der Regierung eine Folge veränderter Leistungsparameter. Als weitere Ursache für die rückläufige Quote vermutet die Regierung ein verändertes Studierverhalten der Förderungsberechtigten. Eine Befragung\* aus dem Jahr 1983 hat ergeben, daß etwa 80 Prozent der Studierberechtigten ihre Entscheidungen von Finanzüberlegungen beeinflussen ließen. Lediglich vier Prozent derer, die kein Studium aufnahmen, gaben als einen ihrer Gründe Scheu vor einer BAföG-Verschuldung an, doch 25 Prozent nannten als Grund für einen Studienverzicht die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Akademiker. Die Untersuchungen machten deutlich, daß sich der Vorwurf nicht aufrecht erhalten lasse, die Umstellung der Studienförderung auf Voll-darlehen sei für den Rückgang der Geförderten verantwortlich. Im Schülerbereich ist die Ausbildungsförderung des Bundes seit 1982 stark zurückgegangen; 1982 fielen noch 455000 Schüler unter die BAföG-Regelung, 1984 nur noch 100000.

Unter den BAföG-Geförderten in der Bundesrepublik finden sich 9000 Ausländer aus dem Bereich der EG und aus anderen Staaten. Der durchschnittliche monatliche Förderungsbetrag lag 1984 bei

525 Mark. Vollförderung erhielten 35,8 Prozent aller geförderten Studenten - damit ist die Zahl gegenüber 1982 (als 30,5 Prozent voll gefördert wurden), wieder gestiegen. Insgesamt wurden für BAföG 1984 von Bund und Ländern 2,293 Milliarden Mark aufgewendet - gegenüber 3,627 Milliarden Mark im Jahre 1982.

In diesem Zusammenhang:  
**ASTA-BAföG-Beratung**  
 Mensa Lichtwiese, Zimmer 54  
 donnerstags 12-15 Uhr

Soeben ist die zweite überarbeitete Auflage des **ASTA-BAföG-Infos** mit wichtigen Tipps - besonders zu Fachrichtungswechsel und Überschreitung der Förderungshöchstdauer - erschienen. Es kann bei den ASTA-Büros Stadtmitte (Gebäude 11) oder Lichtwiese (Mensa, Zimmer 54) abgeholt werden (liegt vor der Tür aus).

**Bemerkungen:**

- 1: sogenannter Notenterrererlaß (30% der Jahrgangsbesten bekommen 25% des Darlehens erlassen)
- 2: "marginale" einfügen, s.u.
- 3: die ja vor allem erst durch den BAföG-Kahlschlag (Schüler-BAföG nur noch für nicht bei den Eltern wohnende Kinder und Einführung des Voll-darlehens beim Studenten-BAföG) vom Okt. 83 entstanden sind.
- 4: wunderschön formuliert
- 5: Die Quote bezogen auf die Gesamtzahl der Studenten von 35 Prozent auf 25 Prozent.
- 6: Frau Noelle-Neumann läßt grüßen.

## Die „neue Armut“ unter Studenten paßt nicht in das Bild

FR 1.4.1986

Oder: Wie das Bundesbildungsministerium in Bonn die Kunst des Interpretierens von Erhebungen und Befragungen beherrscht

FRANKFURT A. M. „Die düstere, von Pessimismus und Schwarzmalerei geprägte Einschätzung des Deutschen Studentenwerks über die soziale Lage der Studenten wird weder von den Studenten geteilt noch entspricht sie der Wirklichkeit.“ Dieser schlagzeilenträchtigen vorweihnachtlichen Attacke gegen den Vorbericht zur 11. Sozialerhebung des DSW folgte der Auftrag zur Gegenexpertise. Schon drei Monate später, einen Tag vor der BAföG-Anhörung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, konnte Anton Pfeiffer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bildungsministerium, die Ergebnisse einer vom Allensbacher Institut für Demoskopie durchgeführten 100 000-Mark-Befragung vortragen: „Die wirtschaftliche Lage der Studenten hat sich in den letzten drei Jahren deutlich verbessert.“

Eigenlich hätte es am 12. März eine normale Anhörung geben können: Die Bundesregierung hatte pünktlich den Entwurf einer 10. Novelle zum Bundesausbildungsförderungsgesetz vorgelegt. Er enthielt erstmals seit vielen Jahren keine zusätzlichen Verschlechterungen: Die Bedarfssätze und die Elternfreibeträge sollen geringfügig erhöht, die Förderung von Auslandsstudien auf die USA ausgedehnt werden. Daß es dazu nicht kam, dafür sorgte die Bundesregierung selbst: Die Bundesministerin Dorothea Wilms warf dem Deutschen Studentenwerk vor, die Aussagen der Studenten „in seinem Sinne manipuliert“ zu haben - so jedenfalls berichtete die Neue Osnabrücker Zeitung am 10. März. Der der Ministerin „von der Presse in den Mund gelegte Vorwurf der Manipulation“ sei nicht gefallen, korrigierte ihr Staatssekretär. Er wollte die Aufmerksamkeit auf die Allensbacher Sicht der sozialen Lage der Studenten lenken.

Den Affront, am Tag der Anhörung aus der Presse zu erfahren, wie die Bundesregierung die soziale Lage der Studenten sehen will, wollten weder die Abgeordneten noch die eingeladenen Experten hinnehmen: Man wehrte sich einhellig dage-

gen, daß das Bundesausbildungsförderungsgesetz - ein immer noch für über 350 000 Schüler und Studenten den Bildungsweg bestimmendes Sozialgesetz - leichtfertig ins Gerede gebracht worden war. Die Phalanx der Kritiker reichte von den Studenten über die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bis zur Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK). Auch dem RCDS, der Studentenorganisation der Unionsparteien, fiel nichts Unterstützendes mehr ein.

Um was geht es bei dem von den Regierungsparteien pharisäerhaft betriebenen Streit über die vom Hochschul-Informations-System (HIS) durchgeführte 11. Sozialerhebung des DSW und die Ergebnisse der Allensbacher Repräsentativerhebung zur wirtschaftlichen Lage der Studenten? Im Tenor um das, was die konservativ-liberale Bundesregierung insgesamt charakterisiert. Sie will nicht wahrhaben, daß ihre Politik die Kluft zwischen arm und reich, zwischen unten und oben vergrößert. Sie will die unsozialen Folgen des BAföG-Kahlschlages vertuschen. Sie interpretiert „optimistisch“, wo ihre Kritiker - gestützt auf fast die gleichen Zahlen - soziale Benachteiligungen aufzeigen. Ein Beispiel: Die Bundesregierung erklärt, daß 75 Prozent der Befragten mit ihren Einnahmen zurecht kommen. Das DSW stellt fest, daß ein Viertel aller Studierenden mit weniger als 700 Mark im Monat auskommen muß. Diese Form der „neuen Armut“ bei Studenten paßt nicht in das Konzept einer Politik, die mit Schönrederei von Sozialabbau und Umverteilung zugunsten der „Leistungsstärkeren“ ablenken will.

Die in den Untersuchungen errechneten Zahlen zu Ausgaben und Einnahmen des studentischen Normalhaushaltes sind sicher verschieden, zu unterschiedlich sind die verwendeten Erhebungsmethoden: Eine repräsentative Meinungsumfrage, bei der in einem Quotenverfahren 1000 Studentinnen und Studenten mündlich befragt wurden, auf der einen Seite, auf der anderen eine schriftliche Befragung, bei der nach einer geschichteten

Zufallsstichprobe jede 10. Studentin oder Student an 54 Hochschulen angesprochen wurde. Die Trendaussagen aber sind so unterschiedlich, wie sie vom Bildungsministerium interpretiert werden, nicht.

Beide Untersuchungen stellen fest, daß der Anteil der durch BAföG geförderten Studenten an der Gesamtzahl der Studierenden deutlich zurückgegangen ist. Dies gilt auch für die vom Ministerium „bereitete Gefördertenquote“, bei der nur noch „die im Sinne des BAföG dem Grunde nach förderungsberechtigte“ Studenten gezählt werden. 400 000 Studentinnen werden danach „weggerechnet“, weil sie das Fach gewechselt haben, älter als 30 Jahre alt sind oder ihre Studien nicht in der Regelstudienzeit von 8 Semestern abgeschlossen haben. Beide weisen nach, daß die BAföG-Leistungen als Finanzierungsquelle an Bedeutung verloren haben. Waren es noch 1982 13,7 Prozent der Studierenden, für die BAföG mehr als 80 Prozent der Einkünfte brachte, so sind es 1986 nur noch 7,2 Prozent. Sie sind stärker auf Unterstützung der Eltern angewiesen. Allensbach berichtet von einem Zug zurück ins Elternhaus: 47 Prozent der Studierenden suchen einen Job, weil ich das Geld unbedingt zum Leben brauche.“ 10 Prozent würden gerne arbeiten, finden aber keinen Job. Das BMW interpretiert von der anderen Seite her: „Die ganz überwiegende Mehrheit der Studenten... ist mit der eigenen Job-Situation zufrieden.“ Überhaupt könne von einer „wachsenden Unzufriedenheit der Studenten“ nicht gesprochen werden: jeder zweite Student bezeichnet seine wirtschaftliche Situation als „ganz gut“. Bei dieser Darstellung bleibt unerwähnt, daß - so Allensbach - jeder vierte Studierende seine wirtschaftliche Lage „sehr knapp“ bezeichnet (23 Prozent bei den Männern, 27 Prozent bei den Frauen). Bei den BAföG-Empfängern sind es 34 vom Hundert. 43 Prozent sind bei Studierenden mit „unterdurchschnittlichem sozio-ökonomischen Status“ (so werden heute offensichtlich Arbeiterkinder bezeichnet).

Über deutlich höhere Einkünfte der

Studenten berichtet Allensbach: die Durchschnitts-einkommen der Normalstudenten sollen bei 991 Mark liegen. HIS hatte 895 Mark errechnet. Wahrscheinlich erklärt die gezielte Nachfrage nach „unbaren Leistungen“ den Unterschied. Mutterns Freibetrag und der Gaststättenspullover steigern die „Einnahmen“. Mit dem so ermittelten „Durchschnittseinkommen“ wird die Realität der Studenten nicht beschrieben. 36,5 Prozent aller Studenten müssen mit weniger als 700 Mark auskommen. 22,9 Prozent haben mehr als 1000 Mark pro Monat.

Wichtig ist die Aussage der Allensbacher, daß 892 Mark für „absolut notwendig“ gehalten und 929 Mark als „angemessen“ angesehen werden. Auch diese Angaben stützen die Bedarfsrechnungen des Deutschen Studentenwerks.

Der DSW-Feststellung, daß die Studierenden die überproportional gestiegenen Lebenshaltungskosten (allein die Mieten sind um 12 Prozent gestiegen) durch Einsparungen bei der Ernährung ausgleichen, hatte das Bildungsministerium besonders heftig widersprochen. Allensbach stellte zwar fest, daß die Studenten heute mehr Geld für Ernährung ausgeben (830 Mark statt 707 Mark pro Tag. Kein Bundestagsabgeordneter erhält dafür in Bonn sein Hotel (Hühstuck), dann aber heißt es: „Dabei kommt heraus, daß knapp jeder vierte Student sich derzeit aus finanziellen Gründen bei seiner Ernährung einschränkt, der größte Teil, weil er nach eigener Erklärung keine anderen Einsparungsmöglichkeiten hat.“ Und in anderer Stile heißt es: 5 Prozent sagen, daß sie mehr sparen, „als für die Gesundheit gut ist.“ Zur Verdeutlichung: das sind rund 70 000 Studierende.

Das Bonner Bildungsministerium wird mit seinen „geschönten Interpretationen“ den sozialen Alltag der Studierenden nicht verdecken. Die Sozialforscher von Allensbach sollen sich bis zum HIS in Hannover zusammenschließen, ihre Daten nach gemeinsamen Verfahren auswerten, um die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Studienbedingungen vieler Studenten aufzuklären. GERD KÖHLER

### Aufgespießt

„Abfälle vor allem vermeiden.“  
Überschrift im Pressedienst des Deutschen Bundestags zu einem Artikel über das Abfallbeseitigungsgesetz.

Dieser weihnachtliche Leckerbissen im Pressedienst des Bundestages hört sich zwar gut an, die Wirklichkeit der Abfallvermeidung sieht allerdings auf Bundesebene ganz anders aus: Zimmermanns "Lex Aldi", mit dem er den steigenden Anteil von Einweg-Verpackungen reduzieren wollte, wurde von den Konzernen nur belächelt.

Abfallvermeidung sollte aber an erster Stelle jeder Abfallgesetzgebung stehen. Denn was erst gar nicht zu Müll wird, braucht auch nicht beseitigt zu werden. Wie notwendig Abfallvermeidung ist, zeigen diese Zahlen: Etwa 1/3 des Hausmülls besteht aus Verpackungen - 10 Millionen Tonnen Verpackungsmaterial werden in der BRD jährlich hergestellt. Die Beseitigung kostet 2,5 Milliarden Mark. Nicht in Geld auszudrücken ist die Umweltbelastung durch Rohstoff- und Energieverbrauch und durch Herstellungs- und Beseitigungsverfahren. Auch Recyclingverfahren sind kein Allheilmittel, sie bieten nur eine sehr gut in unser bestehendes Wirtschaftssystem eingebaute Lösung, die das Grundübel nicht abschafft. Die Ex und Hopp Gesellschaft hat durch das Recycling, so sinnvoll es auch ist, nur eine weitere Absicherung ihrer Existenzgrundlage geschaffen.

Da von der derzeitigen Regierung keine Maßnahmen in Richtung Abfallvermeidung zu erwarten sind, sollte jede/r einzelne bei sich anfangen, aber gleichzeitig nie vergessen, daß ein politischer Druck auf die Parteien und die Industrie auch sehr wichtig ist.

Auf dieser Seite haben wir versucht, einmal ein paar Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Ihr in

# Abfallvermeidung

## Vermeidungs - Matrix

WAS FALLT AN	Nicht Produzieren Nicht Kaufen	Reparieren	Mehrfach benutzen	aus Recyclingmaterial herstellen	haltbare Produkte alternativen	verkauf/ Verschenken von Gebrauchtem	Mehrweg-Verpackungen	Mehr in einer Verpackung	BEMERKUNGEN
Mehrfachverpackung z.B. Zahnpasta	X						X	X	nachfüllbar verpacken
Luxus-(Mogel) Packungen	X								überhaupt vermeiden
Verpackungsfolien	X		X	X	X		X		Alternative: Tupperware
Zigaretten-schachteln			X	X			X	X	Zigarettenetui
Durchdrückpackung, einzel, (Tabletten)	X						X	X	Röhren, Dosen
Obst-,Yoghurt-, usw., verpackungen	X						X	X	nachfüllbare Gefäße
Styropor(flocken) Polstermaterial	X								Holzvolle Postrückversand (kostenlos)
Getrankedosen Plastikflaschen Tetrapack	X								Mehrwegflasche
Tube, Tütchen (Senf, Mayo, usw.)	X							X	(Senf-)Gläser
Einwegflaschen	X		X	X			X	X	Mehrwegflasche
Party-Geschirr	X		X	X	X				(Kunststoff) Teller, spülen
Flaschendeckel (Kronenkorken)	X		X						Schnappverschluss
Kunststoff-Tragetaschen	X		X	X	X		X		Jute statt Plastik
Gegenstände mit eingebautem Verschieß, z.B. Auto (Auto-) Reifen	X	X			X	X			runderneuern
Papierprodukte Bücher, Zeitungen			X	X		X			Bibliotheken
Hygienekrepp Papiertaschentücher	X		X	X	X				aus Textilien
Strohhalme, Schmuck im Eiscafé Dekoration	X		X		X		X		"Glashalm"
Bierdeckel	X		X	X	X				Abwaschbare Folien, Sets
Hausrat Gebrauchsgüter		X			X	X			"Sperrmüll-börse"
Vernietete Produkte	X	X	X	X	X	X			Verschraubte Produkte
Einwegfeuerzeuge	X								nachfüllbare Feuerzeuge
Kleidung		X			X	X			Second-Hand-Shops
Kosmetika	X						X		wenn schon dann wenig
Weichspüler usw. (Top-Job)	X								umweltschädlich
Spraydosen mit Treibgas	X								umweltschädlich
Spraydosen ohne Treibgas (Sahne)			X				X	X	Pumpdosen/ flaschen
Pflanzenöl			X		X		X	X	Fritol, Kraft- Speise-Öl aus Pflanzenöl
Maschinenöl			X	X	X		X	X	größere Kanister Altölaufbereitung
Batterien	X		X		X				aufladbare Akkus

Eurem eigenen Haushalt eine aktive Abfallvermeidung betreiben könnt. Hängt Euch doch dies "Vermeidungs-Matrix" einfach an die Pin-Wand und schaut vor jedem Einkauf ein mal drauf.



# Prüfungskandidaten - Statistik



DER HESSISCHE DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE

DER HESSISCHE DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE  
Postfach 3183, 6200 Wiesbaden

Allgemeiner Studentenausschuß der  
Technischen Hochschule Darmstadt  
Referat Neue Technologie  
z.H. Herrn M. Siebel  
Hochschulstraße 1

6100 Darmstadt

Sehr geehrter Herr Siebel,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Die Prüfungskandidatenstatistik nach dem Hochschulstatistikgesetz wird auf meine Anregung hin in Hessen künftig nicht mehr personenbezogen durchgeführt. Ich hatte der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst mitgeteilt, daß § 9 Hochschulstatistikgesetz die Prüfungskandidatenstatistik nicht als Verlaufsstatistik, sondern nur als Bestandsstatistik gestattet, für die keine personenbezogenen Daten erforderlich sind. Zwischen der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst, dem Hessischen Statistischen Landesamt und mir wurde daraufhin folgendes Verfahren vereinbart, das bis zur Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes eine verfassungskonforme Durchführung der Prüfungskandidatenstatistik garantieren soll:

1. Das Hessische Statistische Landesamt verzichtet - trotz weiterhin gültiger Rechtsgrundlage - bei der Erhebung der Prüfungskandidaten künftig auf die Übermittlung von
  - Matrikelnummer - Familienname
  - Geburtsname
  - Vorname
  - Geburtsort
  - Land des Geburtsortes

durch die Prüfungsämter.

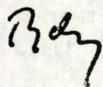
Dadurch wird der Forderung des Hessischen Datenschutzbeauftragten nach Übermittlung anonymisierter Daten Rechnung getragen.

2. Diese Regelung ist als Übergangsregelung anzusehen und greift einer evtl. anderen Regelung durch eine Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes nicht vor.
3. Der Vorschlag erfordert die Umgestaltung des Erhebungsbogens für Prüfungskandidaten: Das abtrennbare Deckblatt mit den Angaben zur Person bleibt beim Prüfungsamt der Hochschule und hat lediglich Hilfsfunktionen zur Prüfung der Vollständigkeit bei Rückfragen. Es kann nach Abschluß der Aufbereitung vernichtet werden. Nähere Einzelheiten sind noch mit den Prüfungsämtern zu klären.
4. Bis zum Neudruck der Erhebungsbogen kann der bisher verwendete Beleg noch benutzt werden. Sofern hierbei die unter Ziff. 1 genannten Merkmale nicht mehr an das Hessische Statistische Landesamt geliefert werden, ist für evtl. Rückfragen sicherzustellen, daß im jeweiligen Prüfungsamt der Personenbezug hergestellt werden kann. Hierzu ist es erforderlich, auf dem Erhebungsbogen hinter der Paginiernummer eine vierstellige fortlaufende Nummer einzutragen und diese neben dem Namen des Prüfungskandidaten in eine beim Prüfungsamt verbleibende Liste zu übertragen. Diese Hilfsliste hat analog dem künftigen Deckblatt Hilfsfunktion und kann ebenfalls nach Abschluß der Aufbereitung vernichtet werden.

Das Statistische Landesamt erhält somit keine formalen Identifikatoren mehr von Prüfungskandidaten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Rydzy)

# Statistisches Bundesamt

wiesbaden, 11. februar 1986  
telef.: (06121) 75-2738

43/86

wintersemester 1985/86:

erstmalig ueber eine halbe million studentinnen

nach vorlaeufigen ergebnissen teilt das statistische bundesamt mit, dass insgesamt 1 341 000 studenten und studentinnen (ohne beurlaubte und gasthoerer) im wintersemester 1985/86 an bundesdeutschen hochschulen studieren. 94,5 prozent (1 267 000) der immatrikulierten sind deutsche, 5,5 prozent (74 000) auslaendische kormilitonen und kommitoninnen.

die zahl der studentinnen ueberstieg in diesem wintersemester erstmalig mit 508 000 die grenze von einer halben million. noch vor vier jahren, im wintersemester 1980/81, besuchten nur 380 000 frauen die hochschule., ein jahr spaeter ueberschritt die zahl der studentinnen erstmalig die zahl von 400 000. dieser neue hoechststand der anzahl der studentinnen ist im hinblick auf die zukuenftige stellung der frau im erwerbsleben bemerkenswert. der anteil der frauen an den immatrikulierten insgesamt liegt bei 37,9 prozent.

im ganzen betrachtet, hat sich die studentenzahl an deutschen hochschulen im vergleich zum ws 1984/85 zwar noch um 26 000 (2,0 prozent) erhoehrt, der zuwachs lag aber deutlich unter dem der vorjahre. ferner waren von dieser zunahme der studentenzahl nicht alle hochschularten betroffen: waehrend die zahl der immatrikulierten an universitaeten um 19 000 (2,1 prozent) und an fachhochschulen um 12 000 (4,8 prozent) gestiegen ist, ging sie an den verwaltungsfachhochschulen um 2 500 (7,0 prozent) und an den paedagogischen hochschulen weiter um 1 300 (8,3 prozent) zurueck. bei den uebrigen hochschularten gab es nur geringe veraenderungen.

die zahl der studienanfaenger im wintersemester 1985/86 betraegt 171 000 und ist damit um 9 900 (5,5 prozent) niedriger als im vorigen wintersemester. unter den erstimmatrikulierten waren 68 000 (39,5 prozent) frauen und 9 800 (5,7 prozent) auslaender. betrachtet man das ganze jahr 1985 (ss 1985 und ws 1985/86), dann haben insgesamt 207 000 studenten und studentinnen, darunter 125 000 maenner und 82 000 frauen, erstmalig ein studium aufgenommen. gegenueber dem jahr 1984 bedeutet dies einen rueckgang um 12 600 erstimmatrikulationen (5,7 prozent). hierbei ist zu beobachten, dass - wie schon im vorjahr - der rueckgang bei den maennern (- 10 000 oder 7,5 prozent) wesentlich staerker ist, als bei den frauen (- 2 400 oder 2,8 prozent).

# KFZ - Verleih

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Zu Semesterbeginn führen wir ein neues Abrechnungsschema für die AStA-Fahrzeuge (VW-Bus und VW-Pritsche) ein. Das neue Schema erfüllt viele in den letzten Jahren geäußerte Wünsche und wir hoffen, daß ihr damit zufrieden seid.

Laßt uns eure Meinung mal wissen.

## Unsere Preise

- Vertragsgebühr		10.-- DM
- Leihgebühr Vormittag	( 8.30-13.30)	8.-- DM
	Nachmittag (14.00-19.00)	8.-- DM
	Nacht (19.30- 8.00)	10.-- DM
- Preis pro Kilometer		0.25 DM

## Mindestrechnungsbetrag (Anzahlung):

Vormittag	10.-- DM
Nachmittag	10.-- DM
Nacht	15.-- DM
+ Vertragsgebühr	10.-- DM

## Preisbeispiele

	<u>1. Tag 8.30 Uhr -</u>	<u>15.00 - 17.00 Uhr</u>	<u>9.00 Uhr - 18.00 Uhr</u>
	<u>2. Tag 19.00 Uhr</u>		
	<u>1200 km</u>	<u>20 km</u>	<u>40 km</u>
Vertragsgebühr	10.-- DM	10.-- DM	10.-- DM
Leihgebühr	42.-- DM	8.-- DM	16.-- DM
Kilometer	1200*0.25DM <u>300.-- DM</u>	20*0.25DM <u>5.-- DM</u>	20*0.25DM <u>10.-- DM</u>
Preis	352.-- DM	23.-- DM	36.-- DM
(Anzahlung)	(65.-- DM)	(20.-- DM)	(30.-- DM)

Wir möchten euch auch nochmal darauf hinweisen, daß die Fahrzeuge von Studentenschaftsgeldern gekauft wurden und von den Mieteinnahmen unterhalten werden.

Es sind also eure Autos und zu häufige Reparaturen werden sich in höheren Leihgebühren niederschlagen müssen.

Geht bitte entsprechend mit den Autos um.

# Vor 30 Jahren

... Auch in der Bundesrepublik haben sich in der letzten Zeit die Stimmen gemehrt, die auf eine böse und auf weite Sicht äußerst bedrohliche Lücke in unserem westdeutschen Wirtschaftswunder hinweisen: es fehlen uns heute schon 45 000 Ingenieure, die Zahl der vorhandenen Ingenieurschulen ist völlig unzureichend und die Verhältnisse auf den Hochschulen und besonders den Technischen Hochschulen bedürfen dringend einer Überprüfung, weil sie in ihrem gegenwärtigen Zustande die Aufgaben, die Gegenwart und Zukunft von ihnen verlangen, nicht mehr erfüllen können.

Wir brauchen in der Bundesrepublik auch weit mehr Plätze für ausländische Studenten, als heute vorhanden sind. Sie müssen geschaffen werden. Wenn wir ins Ausland z.B. in den NAHEN OSTEN Maschinen und technische Anlagen liefern wollen, dann müssen wir auch ausländischen Studenten die Möglichkeit geben, zu lernen, wie sie diese Maschinen und Anlagen später in ihrer Heimat bedienen können.

Die teuerste Universität der Bundesrepublik ist Bonn, wie aus der neuesten Ausgabe des Hochschulführers zu entnehmen ist. Ein Bonner Student muß für seinen Lebensunterhalt durchschnittlich 180,-DM pro Monat ausgeben und für ein einfach möbliertes Zimmer mindestens 50,-DM bezahlen. Die Statistik für das Sommersemester 1955 ergab, daß gerade die teuersten Universitätsstädte die meisten Studenten hatten.

Aus: Die Darmstädter Studentenzeitung Sommersemester 56.

FR 1.4.1986

## Bildungssparen

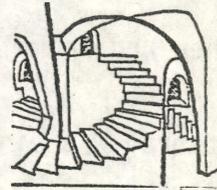
BONN. Ein Bildungssparen mit staatlicher Förderung nach dem Bausparmodell zur Finanzierung von Studium oder Weiterbildung hält ein im Auftrag des Bundesbildungsministeriums angefertigtes Gutachten für möglich, das jetzt in Bonn vorgelegt wurde. Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) stellt die von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Achim Zink (Karlsruhe) angefertigte Untersuchung zur Diskussion. Ob ein solches Bildungssparen eingeführt werden, könne sie heute noch nicht sagen, betonte die Ministerin.

Sie unterstrich, daß die Ausbildungsförderung (Bafög) für die unteren Einkommensgruppen von der Bundesregierung nach wie vor als „unenbtbehliches Förderungssystem“ betrachtet werde und ein Bildungssparen nicht als Ersatz in Frage komme. Im Gutachten selbst heißt es dazu, Bildungssparen könne das staatliche Bafög-System nicht ersetzen. Als Ergänzung treffe es jedoch auf eine Bedarfslücke. Die Bildungsministerin verwies darauf, daß für die Bevölkerungsgruppen mit einem Einkommen knapp oberhalb der Bafög-Grenzen über weitere Förderinitiativen nachgedacht werden müsse. Hier könnte eine neue Form kollektiven Bildungssparens ähnlich dem Bausparen Lösungsansätze bieten. dpa

# STUDENTENKELLER IM SCHLOSS

dds 1966

## SCHLOSSKELLER-PROGRAMM



### APRIL

Di. 1.	Disco	1,- DM
Mi. 2.	Film "Kleine Fluchten"	3,- DM
Do. 3.	Spieleabend	
Fr. 4.	Y-Wave -oldieband-	5,- DM
Sa. 5.	Hermann Kock & Band	5,- DM
Di. 8.	Disco	1,- DM
Mi. 9.	Golden Twenties	4,- DM
Do. 10.	Spieleabend	
Fr. 11.	E. Schaffner -antifaschist. Satire-	4,- DM
Sa. 12.	Splittergruppe -rock-	4,- DM
Di. 15.	Disco	1,- DM
Mi. 16.	bei redaktionsschluß noch nicht bekannt	
Do. 17.	Spieleabend	
Fr. 18.	Zentralband	4,- DM
Sa. 19.	Multiple Choice	4,- DM
Di. 22.	Disco	1,- DM
Mi. 23.	Film "Missing"	3,- DM
Do. 24.	Spieleabend	
Fr. 25.	Tam Tam Total -percussions-	4,- DM
Sa. 26.	Cat Black Bone	5,- DM
Di. 29.	Info-Verant. Wackeradorf	
Mi. 30.	Tanz in den Mai	1,- DM

Mo. 7.4. Freundisco  
Mo. 28.4. Veranstaltung der Marxistischen Gruppe  
"Neue Sicherheitsgesetze - Was ist der Unterschied von Demokratie und Diktatur?"

## DER SCHLOSSKELLER IST FERTIG

Sechs Jahre ist es her, daß die Raumplanungskommission der THD sich mit der Nutzung des Schlosses beschäftigte und dabei feststellte, daß die Kellerräume 02 bis 011, bedingt durch Umstände, die jeder Keller nun mal hat, eigentlich den Studenten am besten dienen könnten. Senat, mit Rektor Horn an der Spitze, und der damalige Verwaltungsdirektor Dr. Völger betrieben die Vorverhandlungen mit dem Land Hessen über den Ausbau dieser Räume; das Land stimmte grundsätzlich zu und beauftragte das Hochschulbauamt mit den Renovierungsarbeiten. Die Einzelheiten wurden zusammen mit dem AstA geplant und durchgeführt, wobei sich Heinrich Fifter, langjähriges Ältestenratmitglied und inzwischen Geschäftsführer des Kellers, darum kümmerte.

Die Verhandlungen über den Nutzungsvertrag zwischen dem Land und der Studentenschaft zogen sich ähnlich lange Zeit hin; sie haben sich im September des Jahres in einem Vertrag niedergeschlagen (er wird seitdem vom Land genehmigt), der durch das Entgegenkommen von Verwaltungsdirektor Dr. Wilke erfreulicher ausfiel, als man anfangs vermutete. Die Ausgangsposition, die schon eine großzügige Finanzierung voraus, wandte sich gegen Alkoholausschank, Mädchensbesuch und Tanz, wohingegen jetzt immerhin niederprozentige Alkoholika, Gäste der Studentenschaft und Tanz in Ausnahmefällen erlaubt sind. Laut Vertrag ist der Keller als „Stätte der Begegnung“ für Studenten, Professoren und Assistenten, „für kulturelle Zwecke und zur staatsbürgerlichen Bildung“ gedacht. Er wird täglich, von dem üblichen Ruhetag abgesehen, am frühen Abend auf- und hinter dem letzten Gast zugemacht; die Zwischenzeit soll gelegentlich mit Kabarets, Kellerbühnen und Kapellen, mit Vorträgen von Dichtern, Denkern und Demokraten gestaltet werden. Auch für das körperliche Wohlbefinden wird gesorgt: Imbiß und Mokka werden an der Theke verabreicht. Für eine ausreichende Lüftung sorgt die Studentenschaft (so der Vertrag).

Neben dem Hauptraum mit Tonnengewölbe gibt es ein Foyer für Ausstellungen und ein Konferenzzimmer, das von Fachschaften, ASIA, Hochschulgruppen und -verbindungen benutzt werden wird. Es ist zu erwarten, daß die Studenten, schon immer auf der Suche nach einem ungestörten Treffpunkt, abends nach Rauswurf aus „ihrem“ Studentencafé in „ihren Keller“ ziehen werden.

- Ja, und wann geht es los? Ende November. M. Bischoff/mgl

## Alternativer Stundenplan

### INHALTSVERZEICHNISS

Seite 5	Vorwort
TEIL I	Veranstaltungen von Darmstädter Initiativen
Seite 6	Die alternative Hochschule
Seite 9	Ringvorlesung - Ausländerpolitik
Seite 10	Darmstädter Exkursionen
Seite 12	Friedensinitiative TH-Darmstadt
Seite 13	Katholische Hochschulgemeinde
Seite 14	Treff Angepasste Technologie
TEIL II	Fachübergreifendes Lehrangebot verschiedener Fachbereiche ab Seite 16

**gibt's kostenlos im AstA**

FR 8.4.1986

## „Studium für alle“

DARMSTADT. Die Technische Hochschule Darmstadt bietet auch im kommenden Sommersemester wieder alle Interessierten aus Stadt und Region das bereits traditionelle „Studium für alle“. Ohne speziellen Schulabschluß oder Ausweis als Gaststudent können dabei Vorlesungen von Wirtschaftswissenschaften über Geschichte bis zu den Fachbereichen Psychologie, Architektur oder Geologie besucht werden. Die Themen reichen von den „Alpen in der Antike“ über „Ethik der Arbeit“ bis zu „Demonstrationen im Botanischen Garten“.

112